

früh

kuliUG



Die Zeitung
mit System

01 | Mai 2017

Warnung

Große Erwartungen?



Sonderurlaub? Karenz? Pensionsberechnung? Vordienstzeiten? Supplierstunde nicht bezahlt?

Die PersonalvertreterInnen von **kuli-UG** und **Grüne PädagogInnen** helfen gerne. In jedem Schulbezirk des Bundeslandes kannst du dich an diese wenden! Auf unseren Homepages findest du detaillierte Infos.

Im Zentralschuss für PflichtschullehrerInnen haben wir mit **Renate Brunnbauer** und **Franz Kaiser** zwei ausgewiesene ExpertInnen, die rasch und vertraulich weiterhelfen können.

Das Büro im LKUF-Gebäude ist jeden Tag besetzt!
Auch am Handy sind beide gut erreichbar.

RENATE BRUNNBauer
Vorsitzende kuli-UG
Email: r.brunnbauer@kuli.net
Telefon: 0699 10 20 82 02
BÜROZEITEN Zentralschuss:
Montag, Dienstag: 08.00 - 17.00
Freitag: 08.00 - 13.00



FRANZ KAISER
Grüner PädagogInnenverein
Email: franz.kaiser@gruene.at
Telefon: 0676 700 33 61
BÜROZEITEN Zentralschuss:
Dienstag, Donnerstag: 08.00 - 17.00
Mittwoch: 08.00 - 14.00



www.kuli.net/personalvertretung
www.gpv.ooe.gruene.at

Topp informiert bleiben zu aktuellen Bildungsthemen:

Seit Herbst 2016 gibt es die **OELI App** für Smartphones. Der Dachverband der Unabhängigen LehrerInnen informiert flott und fundiert über aktuelle Bildungsthemen. Die App funktioniert für alle Android-Handys. Einfach im Google Playstore „**OELI App**“ eintippen, downloaden – fertig!



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!
Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Seit geraumer Zeit stehen Bildungsthemen wieder im Fokus der heimischen Medienlandschaft. Ob das Autonomiepaket oder eine geplante digitale Offensive namens Schule 4.0: man hat den Eindruck, die neue Bildungsministerin möchte aktiv an einer Änderung und vor allem Verbesserung arbeiten.

Wir haben uns in der neuen *Frühwarnung* einiger dieser Themen angenommen und versucht, ein bisschen dahinter zu blicken. Was steckt tatsächlich im Autonomiepaket? Wird es einen Einfluss auf die Schulqualität haben, werden die Arbeitsbedingungen für uns LehrerInnen dadurch verbessert? Oder ist es ein künstlich aufgeblähtes Konstrukt nach dem Motto „Viel Lärm um Nichts“? Renate Brunnbauer versucht in einem bündigen Text, darauf eine Antwort zu finden. Denn da fehlt uns Unabhängigen und Grünen LehrerInnen doch einiges: eine Entpolitisierung des Schulbetriebs sieht wohl anders aus. Und einer gelebten Schuldemoskratie werden wir nach vollständiger Einführung der Cluster und Autonomiebestimmungen auch nicht näher sein. Gernot Pedrazzolis Leuchturn-Cartoon illustriert das Thema kongenial.

Das Thema Inklusion beschäftigt auch viele KollegInnen. Wird diese auf den Rücken unserer behinderten und lernschwachen Kinder eingeführt? Werden spf-Ressourcen möglicherweise gekürzt? Wir haben Ewald Feyerer, Leiter des Bundeszentrums für Inklusive Bildung und Sonderpädagogik an der PH OÖ, danach befragt.

Plan A: Bundeskanzler Kern betätigt sich nicht nur als Pizzabote, sondern hat auch ein paar Ideen in einem Heft zusammengefasst. Als Schutzherr der

Mittelschicht (Eigendefinition) widmet sich sein Plan A aber dem Thema Bildung erstaunlich oberflächlich und merkwürdig visionslos. Wir haben nachgelesen.

Weitere Themen des Hefts: die Zunahme der „Netzsucht“ unserer Kinder, die FPÖ-Vernaderungsseite des Herrn Haimbuchner bzw. unsere Antwort auf diesen Mist oder ein Text Wilfried Mayrs zur politischen Salamiaktik in Bildungsfragen. Andreas Prammer berichtet von einer Ayurveda-Kur in Indien und hätte Richtung LKUF eine Anregung zu machen.

Zu guter letzt wollen wir noch auf zwei Termine hinweisen: zum einen findet am 9. Juni in Gallneukirchen das zweite Sommerfest von kuli-UG statt (S. 16). Zum Zweiten veranstalten die Grünen PädagogInnen eine Exkursion nach Südtirol, einem Vorreiter in Sachen Gemeinsamer Schule und Inklusion (alle Details auf Seite 15).

Wir wünschen viel Freude mit der aktuellen Ausgabe der *Frühwarnung*!

Die Frühwarnungsredaktion

IMPRESSUM
Kontakt, Medieninhaber & Herausgeber
P.b.b. - GZ 052036258M - Verlagspostamt 4020 Linz

Kritische unabhängige LehrerInneninitiative, kuli-UG,
Mahrsdorf 1, 4232 Hagenberg, 0699/10208202,
www.kuli.net / r.brunnbauer@kuli.net
Redaktionsleitung: Timo Brunnbauer

Druck: gugler print, Satz und Layout: Robert Eder
DVR-Nr.: 0581518 / Aufgabepostamt: 4020 Linz.
Für den Inhalt der veröffentlichten Beiträge ist ausschließlich der/die VerfasserIn verantwortlich.

Rückläufer bitte an: Renate Brunnbauer,
Steingasse 17, 4100 Ottensheim

Inhalt:

Seite 4–5:
Zur Schulautonomie

Seite 6–7:
Kerns Plan A

Seite 8:
Unsere Kinder
im virtuellen Raum

Seite 9:
Ayurveda-Kur

Seite 10–11:
Ein Gespräch mit
Ewald Feyerer

Seite 12:
Die altbewährte
Salamiaktik

Seite 13:
Zur Vernaderung
der FPÖ

Seite 14:
GeoGebra Mathes-App

Seite 15:
Bildungsreise Südtirol

Seite 16:
kuli-UG Sommerfest

Große Erwartungen?

Gedanken zur geplanten Schulautonomie
von Renate Brunnbauer

Was haben wir zu erwarten vom Bildungsreformgesetz 2017? Die alles verbessernde Reform des Bildungssystems jedenfalls nicht. Aus unserer Sicht enthält es kaum brauchbare Lösungsansätze für die strukturellen und pädagogischen Herausforderungen an unseren Schulen.

Unsere Einwände beginnen schon ganz beim Anfang, bei der Überschrift! Und nein, gemeint ist nicht die irreführende Bezeichnung „Autonomiepaket“ – dieser Begriff ist auch nicht zutreffend – aber viel tragischer ist, dass die Verhandlungen mit der Vorbedingung der Kostenneutralität geführt worden sind.

Bildung kostet. Mehr Autonomie und Freiräume für pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gibt es nicht zum Nulltarif. Soziale Integration, Inklusion, Sprachförderung und Gewaltprävention sind die akuten, täglich fordernden Aufgaben an den Schulen. Dafür brauchen wir dringend die bedarfsgerechte Bereitstellung von sozial indizierten Ressourcen. Ein Hauptteil der über das Unterrichten hinausgehenden Aufgaben von Schule haben LehrerInnen in den Pflichtschulen auszuführen. Finanzminister und Regierung handeln fahrlässig, wenn sie für Schule und Schulreform notwendige Budgetmittel verweigern.

Fehlende Ressourcen

Innerhalb von knapp zwei Jahrzehnten wurde der Anteil des Brutto-

Inlandsprodukts, der dem Schulwesen zur Verfügung steht, drastisch, nämlich von 4,3 % auf 3,2 %, gekürzt. Im selben Zeitraum wurde in den Niederlanden, dem oft zitierten Vorzeigeland für Schulautonomie, der BIP-Anteil von 3,1 % auf 3,8 % erhöht. Damit Österreichs Schulwesen über Ressourcen verfügt, die dem OECD-Mittelwert (3,8 %) entsprechen, müssten ihm jährlich zwei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Dieses Volumen würde den Bewegungsspielraum schaffen, den Schulen brauchen, um Autonomie leben zu können.

Dass ein solcher Bewegungsspielraum beim vorliegenden kostenneutralen Gesetzesentwurf real kaum vorhanden ist, wird bei den KlassenschülerInnenhöchstzahlen besonders deutlich. Künftig sollen Schul- bzw. Clusterleitungen nicht mehr an KlassenschülerInnenhöchstzahlen, Eröffnungs- und Teilungsziffern gebunden sein, sondern nach Anhörung von SchulpartnerInnen und Personalvertretung vor Ort diese zum pädagogischen Nutzen der SchülerInnen eigenverantwortlich unter- und überschreiten können. Das Kriterium für die Ressourcenzuteilung soll weiterhin die SchülerInnenzahl 25 sein. Aber: Ohne eine dem pädagogischen Bedarf entsprechende Zuteilung von Realstunden wird aus der vorgesehenen pädagogischen Freiheit für die Schule/den Cluster der Zwang zu kostenneutraler Umschichtung ohnehin knapper Ressourcen. Jede kleinere Lerngruppe, jedes zusätzliche Bildungsangebot müsste mit übergroßen Klassen und dem Verzicht auf Klassenteilungen „finanziert“ werden. Jede Umschichtung zugunsten eines Angebotes ginge auf Kosten eines anderen Angebotes!

Wir brauchen daher gesetzlich abgesicherte Zusatzressourcen, d.h. eine sozial indizierte Zuteilung von Ressourcen für autonome Schwerpunkt-

setzungen, für Integration, Inklusion, Sprachgruppen und individuelle Fördermaßnahmen. Die für das Schuljahr 2016/17 bereitgestellten € 80 Millionen Integrationshilfe gehören jedenfalls als Fixum zusätzlich jedes Jahr ins Budget.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Strukturmaßnahmen im Schulsystem. Mehr Vernetzung in unserem ohnehin segregierenden Bildungssystem würden wir begrüßen. Vereinfachung in der Verwaltung würden wir vorteilhaft finden. Dieser Gesetzesentwurf bietet das aber nicht. Im Pflichtschulbereich entsteht sogar eine Ebene mehr.

Warum Schulcluster nicht Bundes- und Landesschulen unter einem Dach vereinen können, ist uns unverständlich. Die im Gesetzesentwurf vorgesehene Kooperation von Bundes- oder Landesschulen reicht unserer Meinung nach nicht. Außerdem finden wir es schade, dass die Reform nicht genutzt wurde um Bildungseinrichtungen von der Elementarstufe (Kindergarten) bis zur Matura miteinander zu verbinden.

Keine Stärkung der Personalvertretung

Außerdem braucht es bei einer Ausweitung der Leiterbefugnisse eine Stärkung der gesetzlich vorgesehen Kontrollmöglichkeiten der Personalvertretung. Wir befürchten Verteilungskämpfe, mit denen die ClusterleiterInnen bzw. SchulleiterInnen im APS-Bereich ohne begleitende Unterstützung eines DA konfrontiert werden. LehrerInnen werden objektiv berechnete Gründe für kleinere SchülerInnengruppen finden. Der Mathematiker braucht kleinere Lerngruppen als der Werklehrer, oder eben umgekehrt. Ungelöste Konflikte wirken sich äußerst negativ auf das Schulklima aus.

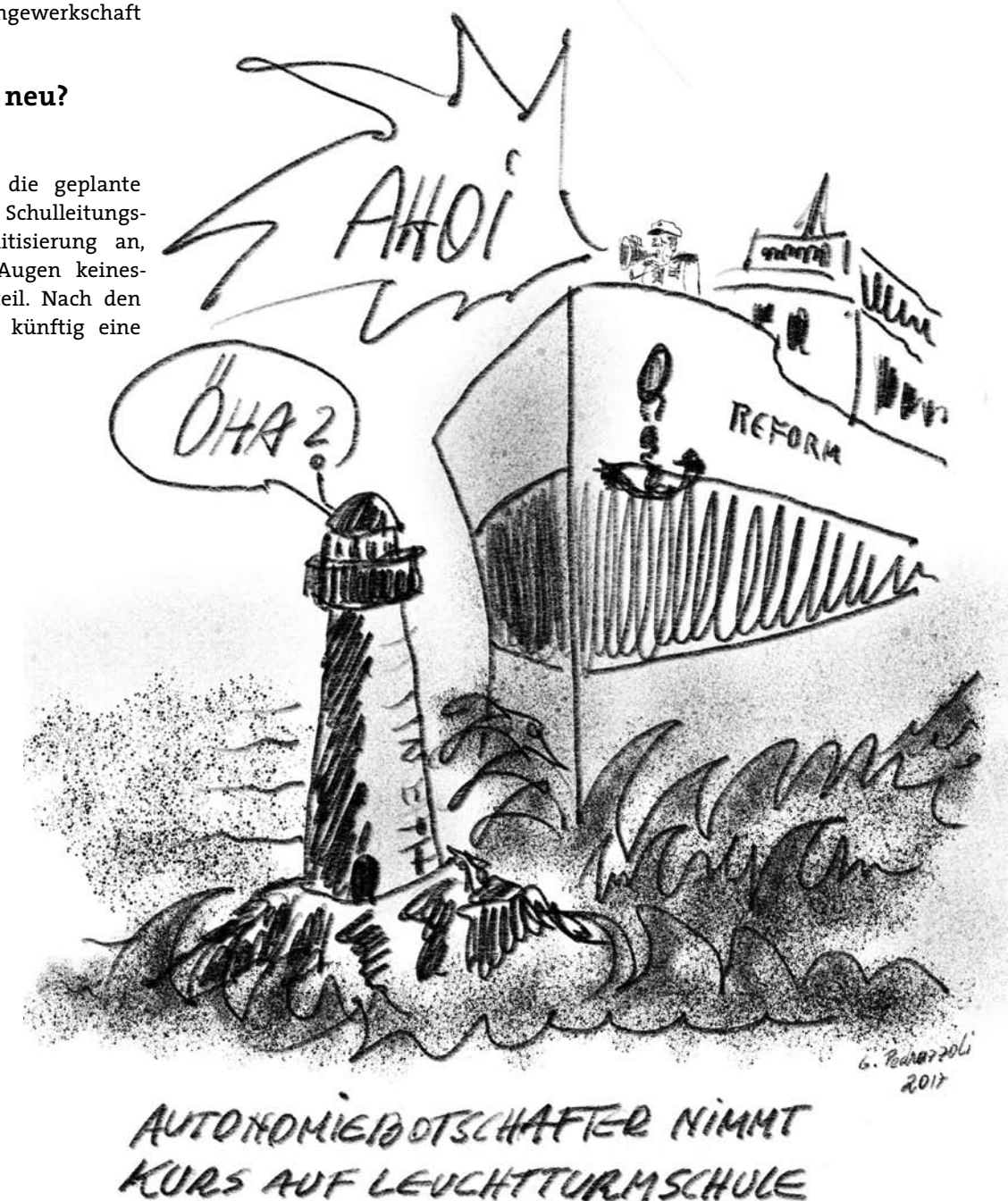
Die Personalvertretung im APS-Bereich (der Dienststellenausschuss)

muss im Cluster eingerichtet werden, damit sie in dort fallende Entscheidungen eingebunden ist. Die auf Bezirksebene eingerichtete Personalvertretung kann erst rückwirkend tätig werden und somit ihre gesetzlichen Aufgaben etwa bei der Erstellung der Lehrfächerverteilung und der Stundenpläne nicht wahrnehmen. Diese Forderung der Unabhängigen GewerkschafterInnen fand leider in der Bundesleitung der PflichtschullehrerInnengewerkschaft keine Mehrheit.

Schuldemokratie neu? So sicher nicht!

Die Regierung preist die geplante neue Regelung für Schulleitungsbestellung als Entpolitisierung an, was sie in unseren Augen keineswegs ist – im Gegenteil. Nach den neuen Plänen soll es künftig eine

Kommission geben, in der jeweils zwei VertreterInnen des Arbeitgebers BildungsdirektorIn und Schulaufsicht) und der ArbeitnehmerInnen-seite (GÖD und ZA) über die Bestellungen entscheiden. Der parteipolitische Einfluss könnte so noch größer und vor allem intransparenter werden. Wir vermissen außerdem die Umsetzung unserer alten Forderung, nämlich der Möglichkeit eines Schulleitungsteams auf Zeit.



Plan was?

Die SPÖ
und ihre Bildungsideen analysiert von Timo Brunnbauer



Die Erwartungen vor der Präsentation des Plans A von Kern in Wels im Jänner dieses Jahres waren ohnehin nicht überragend hoch. Die SPÖ, so scheint es, hat sich in wesentlichen Bildungsfragen weitestgehend auf kleine Reförmchen zurückgezogen, die mit dem Koalitionspartner eventuell verwirklichtbar sind. Ausnahme: das umstrittene und unausgeglichene Autonomiepaket. Dieses Reformvorhaben stößt auf massiven Widerstand der Gewerkschaft

Was bisher geschah

Die SPÖ hatte ihre Meriten in Bildungsangelegenheiten, keine Frage. Diese liegen allerdings ein Zeiterl zurück. Otto Bauer führte in den 1920ern die Gemeinsame Schule in Wien ein. Bruno Kreisky bzw. dessen Unterrichtsminister Sinowatz ermöglichten durch die Schülerfreifahrt und den kostenlosen Schulbüchern in den 70ern des vergangenen Jahrhunderts eine höhere Chancengleichheit. Seither: ein Desaster. Die Neue Mittelschule? Geschenkt – sie verbesserte, auch wissenschaftlich erhoben, nichts an der zu frühen Aufteilung

unserer Kinder in „Begabt“ und „Naja“. Für die Städte muss klar gesagt werden: die Polarität NMS und AHS verschärft die soziale Desintegration unserer Gesellschaft. Jetzt gibt es seit einem Jahr mit Sonja Hammerschmid eine Bildungsministerin, die sicher mehr Dynamik in die Diskussion bringt als ihre, wahrlich gescheiterten, Vorgängerinnen Schmied und Heinisch-Hosek. Auch Christian Kern als Bundeskanzler ist anzurechnen, dass er Bildung für ein zentrales Aufgabenfeld der kommenden Jahre hält. Und dass er – im Gegensatz zu seinem Vorgänger Faymann – seine Bildungsministerin auch in deren Bemühungen unterstützt.

Plan A – gute Laune und blühende Wiesen

Christian Kerns Plan A trägt tatsächlich den Titel „Das Programm für Wohlstand, Sicherheit und gute Laune“. Das Titelbild zeigt einen Berggipfel mit aufgemalter rot-weisser Flagge und einem idyllischen See im Hintergrund. Auf 140 Seiten werden viele Themen angerissen, manche detaillierter, manche eher vage. Mit der ÖVP wurde im Vorfeld nicht über Kerns Pläne geredet, was zu Irritationen bzw. Gegenentwürfen mittels Reden von Mitterlehner oder Schelling geführt hat.

Dem Thema Bildung werden immerhin 18 Seiten gewidmet – diese umfassen den Bereich Kindergarten bis Uniabschluss. Was ist für uns PädagogInnen nun wichtig zu wissen, welche Hoffnungen auf ein besseres, gerechteres, respektvolles Bildungswesen der Zukunft dürfen wir uns machen?

Brennpunktschulen

Jene mit einem „sozioökonomisch schwachen Umfeld“ sollen mehr Mittel über einen Sozialindex bekommen, der nun „Chancenindex“ heißt. Ein wirklich wichtiger, richtiger Schritt, wenn die Nachhaltigkeit gesichert wäre. Kern will wie Hammerschmid diesen Index flächendeckend initiieren. Ob dies dauerhaft zu einer Stärkung dieser schwierigen Schulstandorte führt, können aber weder Kern noch Hammerschmid zusagen (Finanzausgleich!). Wir hoffen sehr, dass dies keine politische Eintagsfliege bleibt. Denn die Wirksamkeit dieses Index‘ kann nicht mit irgendeinem Test abgefragt werden. Da geht es auch darum, den Kindern Schule als lebenswerten Raum zur Verfügung zu stellen. Deutsche Beispiele (Stichwort: Rütli Schule) zeigen: die Investitionen und das Knowhow der agierenden PädagogInnen zeigen Erfolge, die mitunter überraschen.

Gratis-Tablet, Gratis-Laptop:

Kanzler Kern spricht von einer Schule 4.0. In der Volksschule soll es eine „digitale Grundbildung“ geben. Nach der Volksschule wird jeder Schüler ein Tablet erhalten, nach den ersten acht Schuljahren (also mit 14 Jahren) zudem einen Laptop. Was Bruno Kreisky einst mit dem Gratis-Schulbuch begann, wird nun für das 21. Jahrhundert neu interpretiert. Wie sinnvoll es ist, allen Kindern mit 10 Jahren ein Tablet in die Hand zu geben, muss allerdings schon gestellt werden. Einige Fragen harren einer Erklärung: was passiert, wenn ein Gerät kaputt oder verloren geht? Wie sieht es mit WLAN in den Schulen aus? Viele Eltern haben da nach wie vor starke Bedenken.

Gratiskindergarten:

Vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr soll jedem Kind ein Kindergartenplatz rechtlich zugesichert werden. Die letzten zwei Jahre werden zudem kostenlos sein. Die Umsetzung hapert am Kompetenzdschungel Bund – Land – Gemeinden und den ungenügenden Öffnungszeiten der Kindergärten am flachen Land. Wie soll es Eltern möglich sein, einem Vollzeitberuf nachzugehen, wenn die Kinder um 12 Uhr abzuholen sind und im Sommer zwei Monate Siesta gelebt wird?

Weiters:

Schulcluster als Entlastungsmaßnahme (für wen?) einführen, die Volksschule stärken. Die besten LehrerInnen sollen kommen, QuereinsteigerInnen sind erwünscht. Die Lehre müsse gestärkt werden: Gartisführerschein wird da aber nicht reichen. Wie wäre es, die Polys zu stärken und endlich die Aufnahme-politik der dreijährigen Fachschulen zu ändern?

Inklusion: mhmm...

Gemeinsame Schule: wasndas?

Arbeitsplätze für PädagogInnen: glatt vergessen.

Das Redaktionsteam der Frühwarnung hat sich redlich bemüht, zu den letzten zwei Punkten Antworten zu finden. Wir druckten aus, vergrößerten, fragten an geeigneter Stelle nach, ob die PDF-Version des Plans A unvollständig wäre. Nein, alles richtig so. Es ist erschütternd: zu beiden Themen gibt es nichts. Keinen Plan B, keinen Plan Irgendwas.

Die SPÖ hat sich also ein ziemlich weites Stück von ihrem früher so wichtigen zentralen Thema Bildungsgerechtigkeit entfernt.

Zur Erinnerung: der Plan A ist kein Koalitionspapier, es ist ein Positionspapier, eine Art vorgezogenes Parteiprogramm der SPÖ, die sich fit für das 21. Jahrhundert machen will.

Plan A nicht für alle Kinder

Bildungsferne, vornehmlich Migrantenkinder sollen weiterhin in die NMS gehen (kriegen diese Schulen halt a bissl mehr Geld, um SozialarbeiterInnen anzustellen), was mit unseren lernschwachen und behinderten Kindern passiert – keine Ahnung, kein Plan, wir überlegen noch! **Inklusion** ist ein Menschenrecht. Darauf muss immer wieder hingewiesen werden. Lesen Sie dazu unbedingt das Gespräch mit Ewald Feyerer! Jedes Kind hat das Recht, seine Schule – so wie alle anderen auch – zu wählen. Das muss auf jeden Fall Ziel einer umfassenden Inklusion sein.

Die Abkehr von der Idee einer **Gemeinsamen Schule** ist im Grunde eine bildungspolitische Katastrophe und Bankrotterklärung. Hammerschmid ist mit dem Autonomiepaket die nächsten Jahre beschäftigt, die Einführung einer gemeinsamen Schule daher kein Thema. Nicht einmal Bundesländern, die dies gerne probieren würden (Vorarlberg, Wien) wird ein flächendeckender Versuch gestattet. Der Fortschreibung der Destabilisierung unserer Gesellschaft wird aus schulpolitischer Sicht so gut wie nichts entgegengesetzt. Dem Thema Adäquate Arbeitsplätze für LehrerInnen wird kein einziges Wort gewidmet. Immer wieder ist von der herausragenden Motivation unserer LehrerInnen zu lesen. Doch wie die zu erhalten sei, davon findet man nichts. Ein ordentlicher

Arbeitsplatz, der diesen Namen verdient, wäre ein Anfang.

Was ist denn jetzt neu im Plan A?

Zwei Aspekte neben der Sozialindexierung kann man vorsichtig positiv bewerten: im Plan A wird davon gesprochen, die Elementarpädagogik zu stärken und die Kindergartenpädagogik-Ausbildung akademisch zu installieren. Ein wichtiger, längst überfälliger Schritt in Richtung Professionalisierung des Berufs. Weiters: die Lehre soll stärker beworben und dadurch in das Bewusstsein der Eltern rücken. Alleine in Oberösterreich werden bis 2030 über 30.000 FacharbeiterInnenstellen unbesetzt bleiben, wenn die Arbeitsmarktpolitik keinen Kurswechsel vollzieht.

Christian Kerns Plan A ist – vor allem was die Bildung betrifft – insgesamt nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt ist. Freude wird da höchstens bei der ÖVP aufkommen, die vermutlich inhaltlich bei den Vorschlägen auf diesen 18 Seiten zu beinahe 100 Prozent mitgehen kann. Visionär geht anders. Der Stillstand bleibt beliebteste Methode – und das hat nichts mit dem angeblichen Beton, der von der GÖD angerührt wird, zu tun. Sondern ist schlicht der bildungspolitischen Visionslosigkeit handelnder politischer AkteurInnen zuzuschreiben. Beste Bildung für alle Kinder bleibt lediglich eine Idee, die auch die nächsten Jahre nicht mit Leben erfüllt werden wird.

Plan A zum Nachlesen:

http://www.meinplana.at/magazin_herunterladen

Mit Hammer und Meißel geht man nicht in das Bett

über unsere Kinder im virtuellen Raum

eine Beobachtung von Timo Brunnbauer

Jedes zehnte ältere Kind ist gefährdet, sich in den Untiefen des Internets dauerhaft zu verlieren. Soll heißen: täglich wird sehr häufig bis ständig auf das weltweite Netz zugegriffen. Und zwar rund um die Uhr. In dem online mit anderen gespielt wird, in dem man ständig auf Facebook, What's App oder anderen Foren aktiv ist. Um ja nichts vermeintlich Wichtiges zu versäumen.

Der Hirnforscher *Gerald Hüther*, der sich seit längerem mit dem Zusammenhang Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und deren Umgang mit den Neuen Medien beschäftigt, beschreibt dies so: „*Das Internet kann sinnvoll genutzt werden wie Hammer und Meißel einst. Doch es ist so: niemand ist früher mit Hammer und Meißel ins Bett gegangen.*“ Die stete Verfügbarkeit des Handys oder Tablets macht es Jugendlichen zunehmend schwer, diese aus der Hand zu legen. *Hüther* selbst legt sich allerdings nicht fest, welche Folgen das Aufwachsen in der Epoche des Web 2.0 auf unsere Kinder haben wird. Dazu sei das Phänomen noch zu jung.

Sein Kollege *Manfred Spitzer* ist in seiner Einschätzung pointierter und ohne Zweifel davon überzeugt, dass wir die Folgen des heutigen medialen Überkonsums noch gar nicht richtig abschätzen können. Er spricht in seinem Buch „*Digitale Demenz: Wie wir die Kinder um unseren Verstand bringen*“ von einem pädagogischen Minenfeld.

Auch all die klassischen Dinge, die das Aufwachsen von Kindern kennzeichnen – Neugierde, Experimentierfreudigkeit, Spiel und Spaß – würden sich in digitale Sphären verabschieden. Mit dem Ergebnis, dass die klassische Form der Langeweile, die seiner Ansicht Triebfeder von Produktivität ist, verdrängt wird. Sie wird ersetzt durch unproduktive Hyperaktivität. Es ist eine Scheinaktivität, denn ständig Posts auf Facebook durchzulesen, bewirkt ja nichts.

Auch ein interessanter und vielleicht noch wenig erforschter Aspekt in diesem Zusammenhang: der gefühlte Kontrollverlust der Erwachsenen gegenüber ihren Digital Borns: was tut mein Kind die ganze Zeit auf dem Smartphone, worüber freut es sich da und worin liegt der Reiz, es nicht aus der Hand zu legen? Und welches Vorbild können Eltern sein, gelten sie bei ihren Kindern doch als Old School, was den Umgang mit dem Web 2.0 angeht.

Immer mehr Eltern machen sich Sorgen: eine IMAS Studie aus Linz vom September 2016 geht davon aus, dass 5 Prozent der 15-Jährigen ein deutliches Suchtverhalten bezüglich des Umgangs mit den digitalen Medien an den Tag legen. Die Jugendpsychiatrie in Linz betreute und behandelte im vergangenen Jahr deshalb um die 150 jungen Menschen. Die Internetsucht, so wird sie bezeichnet, steht neben den „klassischen“ Süchten gleichwertig auf den Therapieplänen. Die Anzahl der Betroffenen: stark steigend. Und die Patienten werden immer jünger. Vor ein paar Jahren waren die meisten Gefährdeten 16 Jahre und älter. Heute sind sie zwischen 13 und 16 Jahre alt.

Ein akutes, auch von Bildungsministerin *Hammerschmid* erkanntes, Problemfeld ist der Umgang unserer Jugendlichen mit den Daten, die sie im Netz Preos geben. Es geht um die Begriffe Cybermobbing/Bullying und der Verbreitung von Bildern, etc. Auch hier erwächst für uns Lehrende ein neues Aufgabenfeld. Und auch in diesem Zusammenhang ist nicht abzuschätzen, welche langfristigen Auswirkungen dies auf unsere Kinder hat.

Als PädagogInnen stellen wir uns die Frage, wie wir auf diese mediale Revolution – und genau das ist sie ja – reagieren können. Soll auch der Schulalltag vernetzter sein und wollen wir Tablet-Klassen den traditionellen Unterrichtsmethoden vorziehen? Braucht es noch eine ordentliche Schulbibliothek als Zentrum des gemeinsamen Wissens? Kann Schule überhaupt mit dem Tempo der digitalen Welt mithalten? Oder sollte sie eher Ort der Entschleunigung sein? Tatsächlich wissen wir nicht, welche unmittelbaren und längerfristigen Folgen das Aufwachsen im digitalen Zeitalter mit sich bringen wird – aber es wird sich von den 1980ern unterscheiden: damals fürchteten PädagogInnen den Einfluss des Fernsehers, der sich in vielen Kinderzimmern breit gemacht hatte. Denn den gibt es neben dem Smartphone aber noch immer.



Ayurveda Kuren unterstützen!

Nach einer schon 3 Jahre lang anhaltenden, leidvollen Krankheit (Schuppenflechte „*psoriasis inversa*“ mit ständig wuchernder Hornhautbildung an Händen und Fußsohlen, mit tiefen schnittartigen Wunden/Klüften) folgte ich dem guten Rat von Kollegin *Monika Wilks*, eine Heilung von dieser schmerzhaften Krankheit durch eine Ayurveda-Kur in Südindien zu versuchen.

Die Schilderung ihrer Erfahrungen mit Ayurveda-Kuren ließen in mir die Hoffnung auf eine Besserung meiner misslichen Lage keimen. Ich erkundigte mich in Büchern und Internet über diese alten indischen Ayurveda-Heilmethoden. Aufgrund dieser Informationen beschloss ich in den Sommerferien 2014 eine 3-wöchige Kur im „*Ayurvedic Resort Bethsaida Hermitage*“ zu buchen. Ich versuchte vergebens von der LKUF eine finanzielle Unterstützung zu lukrieren.

An dieser Stelle sei vermerkt, dass ich während meiner 3-jährigen Erkrankung insgesamt etwa 40 Haus-, Hautarzt- und AKH-Termine hinter mich brachte, die aber zu keiner Heilung führten. Lediglich die diversen kortisonhaltigen Kremen und Medikamente milderten die Schmerzen teilweise und nur kurzfristig. Die Umstellung der Ernährung, Entschlackung und Darmsanierung führten zu keiner Linderung meiner Beschwerden. Auch alternative medizinische Behandlungen (Homöopathie, Dunkelfeld, etc.) führten nicht zur erhofften Veränderung!

Nach 10 Tagen dieser entspannenden Ayurveda-Kur im schönen Kur-Resort *Bethsaida*, mit regelmäßigen Arztkonsultationen, täglichen Massageanwendungen, Ayurveda Naturmedikamenten, ausgezeichnete ayurvedische Ernährung und Entschlackung/Darmentleerung setzte die Abheilung der *Psoriasis* ein.

Seither (seit fast 3 Jahren!) bin ich vollständig geheilt und befreit von dieser schmerzhaften Hautkrankheit.

Die Beschwerden sind seither völlig verschwunden, ich halte mich jedoch noch immer an die einfachen Ernährungsvorschläge, die meinem „*Dosha*“ zuträglich sind. Auf mein Anraten hin sind einige Bekannte, darunter auch 3 Schuppenflechten-Erkrankte, in dieses Kurzentrum gefahren. Immerhin wurden zwei davon geheilt, alle anderen Kurgäste haben diesen entspannenden Aufenthalt, das Essen und die Behandlungen dort sehr geschätzt.

Ich fordere, auch von der LKUF, dass diese erfolgreiche Art der Heilbehandlung zumindest mit einem wöchentlichen Zuschuss von € 300,- unterstützt wird!

Weiters habe ich oft gelesen, dass diese alte indische Heillehre besonders bei Auto-Immun-Erkrankungen besonders gute Erfolge erzielt. Falls jemand an einer scheinbar unheilbaren Krankheit leiden sollte, bietet eine ayurvedische Behandlung bzw. eine Ayurveda-Kur eine gute Chance auf Heilung.

Ayurvedische Kuren werden nicht nur in Indien und in anderen asiatischen Ländern angeboten, sondern auch in Oberösterreich und Europa.

Wer sich einen Überblick über fernöstliche Ayurvedakur-Angebote verschaffen will, kann sich hier informieren: <https://www.lotus-travel.com/ayurveda.html> (ausreichend Information und Beratung & interessante Angebote)

Weitere Infos:
Andreas Prammer
4170 St. Stefan am Walde 6
prammer.a@aon.at



Inklusion als Modell für ALLE

Renate Brunnbauer im Gespräch mit Prof. Dr. Ewald Feyerer, Leiter des Bundeszentrums für Inklusive Bildung und Sonderpädagogik an der PH OÖ

Die unabhängigen LehrerInnen setzen sich seit vielen Jahren für mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem ein. Wir sind dabei permanent auf der Suche nach unserer aktuellen Antwort auf die Frage WIE. Auf diesem Weg beschäftigen wir uns einerseits mit dem was innerhalb des bestehenden Systems machbar ist, aber auch mit großen strukturellen Änderungen, etwa mit der Forderung nach einer gemeinsamen Schule.

So bin ich Teilnehmerin der Internationalen Jahrestagung für InklusionsforscherInnen 2017 geworden. Ich war überrascht, dass schon beim Einführungsvortrag so provokativ formuliert wurde. Professor Feuser hat gleich zu Beginn betont wie bedeutsam die Abkehr von dem im deutschsprachigen Raum praktizierten segregierenden Schulsystemen sei

Georg Feuser ist ein Vertreter seiner Theorie. Natürlich. Und er ist einer der Menschen, die in den 1980er und 90er Jahren die Integration von behinderten Menschen theoretisch am ausführlichsten begründet haben. Im Sinne seiner Idee hat er Integration damals ja schon als Inklusion gedacht und darum ist er jemand, der ganz stark betont, dass man den Inklusionsbegriff nicht braucht, weil er findet, dass in der politischen Wirklichkeit mit dem Begriff Inklusion Schindluder betrieben wird. Der Begriff wird so allgemein gebraucht, dass er die Zielrichtung verliert.

Um es kurz zu fassen: Es besteht die Gefahr, dass die Inklusion in ein segregierendes Schulsystem integriert wird. Das bringt die Wirklichkeit auf dem Punkt. Ich verwende trotzdem den Begriff Inklusion und zwar aus verschiedenen Gründen. Damals bei der Integrationsdebatte ist einfach von behinderten und nichtbehinderten Kindern gesprochen worden. Die Integrationsdebatte war fokussiert auf den Bereich Behinderung. Inklusion ist der Zugang, der die gesamte Vielfalt betont. Integration bedeutet, etwas wieder zu vereinen, das vorher getrennt war. Inklusion meint, die Trennung von vornherein zu verhindern. Inklusion definiere ich

am liebsten mit der UNESCO-Definition, wo es heißt, dass versucht werden muss, qualitativ hochwertige Bildung für alle zu gewährleisten – unter der Berücksichtigung von Diversität, der Vielfalt aller und unter der Vermeidung von Diskriminierung. Wir haben einen Kollegen, der an der NMS bisher wenig mit Behinderten zu tun gehabt hat. Er sagt, dass es für ihn schon Inklusion ist, wenn der Bauernbub neben dem Doktorsohn sitzt. Es geht eben auch um die Vielfalt der Gesellschaft, ein Aspekt, der bei der Integrationsdebatte zu kurz gekommen ist. Was ist mit Kindern, die nicht behindert sind, aber aus sozialschwachen, bildungsfernen Milieus kommen, wo keine Unterstützung da ist?

Eine Pädagogik für alle Kinder?

Feuser spricht von Allgemeiner Pädagogik. Und tatsächlich braucht es keine sonderpädagogische Didaktik, was es braucht ist eine entwicklungspädagogische Didaktik. So, dass alle Kinder in Kooperation an dem gemeinsamen Gegenstand lernen können aber nach unterschiedlichen Zielen. Dafür brauchst du in der Schule eine stärkere Projektorientiertheit, Wochenplan, offenes Lernen, Freiarbeit, um dann bei den gebundenen Phasen nach Entwicklungszielen zu differenzieren. Was ja durchaus geht.

Das setzt voraus, dass LehrerInnen sich für eine solche Didaktik interessieren. Man muss die Methoden kennen und bisweilen Kompetenzen erwerben, um differenzieren zu können. Das setzt bestimmte persönliche Haltungen voraus. Sind hier aus deiner Sicht Hindernisse wahrnehmbar? Wie steht es um die Bereitschaft der LehrerInnen, sich für Inklusion stark zu machen?

Wir haben das untersucht. Wir haben Studierende und AbgängerInnen unserer Hochschule befragt. Da haben wir uns die Haltungen und Kompetenzen angesehen und sind darauf gekommen, dass die Haltungen zur Inklusion durchaus positiv sind. Gemessen mit diesem international verwendeten Instrument haben wir Werte wie Australien oder Kanada,

was die Einstellung zum inklusiven Unterricht betrifft. Was aber oft beklagt wurde, ist die fehlende Kompetenz zur Individualisierung im Fach. Da müssen wir noch einiges verbessern.

Spannend erscheint mir dennoch die Frage: Wie kann man Haltungen verändern?

Da hat sich für uns herausgestellt, es geht hauptsächlich durch Vermitteln von Gelingensbildern. Man muss den KollegInnen zeigen, dass es funktioniert, dass es geht. Die Ängste sind unbegründet. Wenn man bereit ist, sich zu verändern dann geht das auch ganz gut. Eine ähnliche Erfahrung haben wir damals bei der Einführung des integrativen Unterrichts schon gemacht. Es hat kaum jemand völlig ablehnend reagiert. Aber viele haben gesagt: „Gebt uns das Werkzeug dafür in die Hand, dann sind wir bereit.“ Wir konnten nur sagen: „Das Werkzeug gibt es nicht, ihr müsst euch in die und die Richtung entwickeln, euch das Werkzeug erarbeiten.“

Wie stehen die SonderpädagogInnen der Inklusion gegenüber? Was ist deine Einschätzung?

Grundsätzlich kann man sagen, dass die Integration in Österreich und insbesondere bei uns in OÖ sehr stark von den SonderpädagogInnen entwickelt und vorangetrieben wurde. Schließlich studierten wir ja auch bei Josef Fagner. Jetzt, beim nächsten Schritt zur Inklusion, bekomme ich aber immer wieder auch negative Reaktionen auf meine Artikel. Nehmen wir z.B. die Abschaffung der SonderschullehrerInnenausbildung – da fühlen sich viele SonderpädagogInnen angegriffen. Das Problem dabei ist, dass – wenn man einen Systemwandel initiieren will – das Bisherige oft negativ dargestellt wird. Dadurch fühlen sich die Sonderschulen, die SonderschullehrerInnen angegriffen. Und natürlich: wenn es keine Sonderschullehrerausbildung mehr gibt, fällt die Identität der SonderschullehrerInnen auf einmal ins Bodenlose.

Wie beurteilst du Förderklassen? Es gibt sie ja auch bisweilen im Rahmen von Regelschulen. Empfindest du solche Lösungen als ausgrenzend?

Es müssen flexible Lösungen an den Schulen gefunden werden. Es gibt Kinder, die aus einer Situation kommen, die ihnen gar keine andere Möglichkeit geben, als ein Verhalten an den Tag zu legen, das nur schwer auszuhalten ist, zum Teil gar nicht auszuhalten ist. Natürlich muss ich dann auch an die anderen Kinder denken und denen, die das brauchen, Rückzugsorte ermöglichen. In Kärnten wird das gemacht. Sie nennen es Timeoutklassen – leider Gottes. Sie sind aber nicht so gemeint. Sie lösen Sonderschulen auf, nehmen die therapeutische Unterstützung in die Regelschulen rein.

Wie werden die Ressourcen lukriert?

Da stellt sich immer die Frage der Höchstschülerzahl – die hängt für mich eigentlich vom Raum ab. Aus den aktuellen Klassengrößen hat sich bei dieser Schülerzahl von 20 bis 24 gezeigt, dass diese Größe von den KollegInnen – signifikant – am positivsten bewertet worden ist. Da funktioniert der Erfolg von sozialer Förderung und Leistungsentwicklung am besten.

So positiv das von vielen LehrerInnen aufgenommen worden ist, die 25er-Grenze bedeutet auch, das muss bedacht werden, dass dies viele Ressourcen kostet. Man hat dann kleine Klassen mit 13 oder 15 SchülerInnen. Das bindet natürlich viele Ressourcen. Diese Ressourcen fehlen dann, wenn man spezielle Angebote machen will. Da könnte ich mir schon mit einer Autonomieregung einen neuen Zugang vorstellen. Dass die Schule zwar die Ressourcen für 25 kriegt, dann aber flexibel entscheiden kann, was damit gemacht wird. Damit ließe sich vieles ‚finanzieren‘.

Würdest du von den Ressourcenzuteilungen durch SPF-Bescheide weggehen?

Angedacht ist in den inklusiven Modellregionen ein Mischsystem. Derzeit steigt

die Anzahl der Kinder mit SPF ständig. Und die steigt deshalb, weil immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, oder aus sozial schwierigen Verhältnissen nach dem ASO-Lehrplan unterrichtet werden, damit sie keinen 5er bekommen. Aber die Ressourcen sind ja ohnehin mit 2,7 % gedeckelt. Da wäre es doch besser zu überlegen, wie man für diese Kinder Unterstützungsmaßnahmen kreieren kann, ohne dass ein SPF beantragt wird. Da wäre es sinnvoll nach sozialen Kennwerten, wie es beim Sozialindex ja passiert, zusätzliche Ressourcen in solche Schulen hineinzubringen.

Prof. Bacher von der JKU spricht auch davon, dass es einen gewissen Spielraum für sozialindizierte Ressourcenzuweisung gibt. Dass ein bestimmtes Maß an derartiger Umverteilung möglich ist, ohne dass man andere Standorte in eine prekäre Lage bringt. Ist es das, was du meinst?

Das ist ein politisch heißes Eisen. Da würden Schulen aufschreien: Uns wird was weggenommen! Man sollte dennoch das Gesamtbild betrachten. Die sonderpädagogischen Ressourcen sind mit 2,7 % gedeckelt. Wenn man das mit dem Prozentsatz vergleicht, der nach dem nationalen Bildungsbericht gebraucht würde, dann stößt man auf 4%. Das ist eine erhebliche Differenz. Wenn man die Gesamtsumme anschaut, dann ist es so, dass 12-13% der für Schule verwendeten Ressourcen in die Sonderpädagogik gehen. Grundsätzlich kommt man mit den Ressourcen, wenn man alles in die ersten 9 Schulstufen fließen lässt, aus. Da müsste man gut auskommen.

Was ist nach der 9. Schulstufe?

Es zeigt sich, dass es immer schwieriger wird, für Kinder mit Behinderungen eine Genehmigung für ein 11. oder 12. Schuljahr zu erhalten, bisweilen ist sogar schon das 10. problematisch. Diese Beschränkung der Sonderpädagogik auf den Zeitraum bis zum 9. Schuljahr sollte man infrage stellen. Sonderpädagogik muss es auch in der Sekundarstufe 2 geben. Es kann nicht sein, dass die Kinder,

die länger für eine Basisqualifikation brauchen, die Schule als erste verlassen müssen.

Ich habe im Rahmen der Tagung erfahren, wie in der inklusiven Modellregion in der Steiermark vorgegangen wird. Dort organisiert man so eine Art erweiterte LeiterInnenfortbildung. Schulleitung, SQA-Verantwortliche und Inklusionsbeauftragte von den Schulen werden zu Fortbildungen zusammengeholt und erhalten den Auftrag, das in ihren Schulen umzusetzen. Ist das die billige Lösung?

Find ich gar nicht so schlecht. Die Steiermark hat sich meiner Einschätzung nach einen sehr guten Weg überlegt, wie die Entwicklung auch von der Hochschule begleitet wird. Es werden MultiplikatorInnen ausgebildet. Ganz bewusst wird Schulqualitätsarbeit und Inklusion zusammengefasst. Da wird also einerseits auf der ReferentInnenseite vernetzt, und andererseits die TeilnehmerInnen untereinander. Wie sich das auswirkt, wird man sehen.

In der Steiermark gibt es jetzt schon nur mehr 0,6 Prozent Segregation, die sind eh schon sehr weit. Die sind nicht mehr in der De-Segregation. Da geht es jetzt schon um Struktur und Qualitätsänderung an der Regelschule. In OÖ sind wir da noch lange nicht. Beim LSR f. OÖ kümmert sich ja leider niemand darum, dass da etwas weitergeht. Zumindest ist mir nichts bekannt.



Salamitaktik

Steter Schmäh führt zum Ziel?

abgehandelt von Wilfried Mayr

Was im Fall der Pensionen durch Ex-Kanzler Wolfgang S. zu seinem Erfolg und unserem Schaden, sprich **Pensionskürzungen** führte, wird wieder einmal im Fall der Höhe der Lehrverpflichtung versucht: Die **Salami-Taktik**. Darunter ist die Vorgangsweise zu verstehen, mit der Wahrheit nur Scheibe für Scheibe heraus zu rücken, was ein Endergebnis zur Folge hat, wogegen man sich im Fall rechtzeitiger Kenntnis der gesamten Auswirkung gewehrt hätte.

Erinnern wir uns:

Durch die Gesetzesänderungen 1997 zerstörte die Regierung das eigenständige Pensionsrecht der BeamtInnen. Es wurde behauptet, man komme an einer Durchrechnung nicht vorbei. Und dazu die Ausrede:

„Wird euch eh nichts weggenommen, die Durchrechnung bezieht sich ja nur auf die fünfzehn besten Jahre und beginnt erst in sechs Jahren.“

Damit war jeglicher Widerstand eingekullt, denn die KollegInnen, die kurz vor der Pension standen, fühlten sich nicht mehr gefährdet und ihre jüngeren KollegInnen waren ihnen offensichtlich egal.

Wie es weiterging, ist hoffentlich noch nicht vergessen:

Kaum war die Krot geschluckt, wurde der Durchrechnungszeitraum sukzessive auf die gesamte Berufstätigkeit ausgedehnt und die Pensionen entgegen den jahrzehntelangen Versprechungen um bis zu über 50 % gekürzt.

Was das für eine tolle Leistung sein soll, durchschnittlich bis schlecht dotierten (zukünftigen) PensionsbezieherInnen etwas weg zu nehmen, entzieht sich meiner Vorstellungskraft, so etwas hat doch jeder Hendlieb im kleinen Finger. Obszön hohe Pensionen, wie z.B. bei der Nationalbank (bis zu monatlich € 34.395,01), wären leicht durch eine Obergrenze abzuschaffen, z.B. durch einen ja schon bestehenden „Pensionssicherungsbeitrag“, der alles über 5.000,- monatlich brutto wegbesteuert. Das schaffen die „Macher“ allerdings nicht.

Jahrzehntelanger Streitpunkt bei den LehrerInnen war und ist die **Höhe der Lehrverpflichtung**. Im APS-Dienstrecht vor 2001 betrug sie 23 Std., mittels Abschlagstunden für „Hauptgegenstände“ und Kustodiate kam man auf bis 19 Wochenstunden herunter. Im AHS- und BMHS-Bereich wurde/wird analog mittels Stundenvalorisierung vorgegangen.

Bereits Mitte der 90-er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts probierte es Kurzzeit-Minister Erhard Busek mit dem Schmäh, mit 45'-Einheiten statt 50' bliebe die Gesamtarbeitszeit ja gleich und alle sollten zwei Wocheneinheiten mehr unterrichten, sprich: einen „Nebengegenstand“ mehr. Was allen diesen „Vorschlägen“ bis heute anhaftet: **Man erspart sich damit 10 % der LehrerInnen!** Und geht mit dem Schmäh hausieren: „LehrerInnen mehr Zeit bei den SchülerInnen“. Schön frech.

Momentan probieren die Sparefrohs es wieder, mittels „Neuem Dienstrecht“, und schicken in dieser Sache medial den Rechnungshof vor. Ende Oktober 2016 begann die Medienoffensive. Das für künftig gleichwertig auszubildende LehrerInnen an Pflicht- und Höheren Schulen geltend werdende Neue Dienstrecht sieht gleich 24 Stunden Lehrverpflichtung vor. Vorläufig (selber Schmäh wie damals bei der Durchrechnung der BeamtInnen-Pensionen) nur 22 Stunden in der Klasse. Kann man ja später im Vorbeigehen auf 24 anheben. Durch die lange Übergangsfrist werde

„die vollständige Umstellung auf das neue Dienstrecht erheblich hinausgezögert“, kritisiert der Rechnungshof im veröffentlichten Bericht. Die schleppende Umsetzung führe zu mehr Verwaltungsaufwand (weil altes und neues Dienstrecht lange parallel laufen) sowie mehr Personalbedarf (plus 511 Vollbeschäftigungsäquivalente).

Die finanziellen Folgen: Bei einem Start des neuen Dienstrechts ab Herbst 2015 hätte man bis 2060 rund 2,19 Milliarden Euro einsparen können. Wegen der Übergangsfrist sei nun allerdings nur mit gut der Hälfte der Einsparungen zu rechnen: mit 1,12 Milliarden Euro.

Mit meinen Erfahrungen hab ich angesichts des Neuen Dienstrechts gleich posaut, **„Erst führt man die höhere LV nur bei den Neuen ein, dann sagt man, diese Ungleichheit werde untragbar, und dann verdoppelt man alle zu mehr Arbeit für weniger Geld.“** Und so liest es sich dann: Bemängelt wird außerdem, dass die Regierung „die Möglichkeit (...) außer Acht gelassen“ habe, die Lehrverpflichtung im alten Dienstrecht und damit für alle schon an den Schulen unterrichtenden Lehrkräfte auf den Durchschnittswert des neuen Dienstrechts (21,36 Wochenstunden) anzuheben. Mit dieser Maßnahme hätte man 2365 Lehrkräfte einsparen können, rechnet der Rechnungshof vor.

Wenigstens gibt man damit zu, dass es um Einsparungen geht und nicht um Verbesserungen im Bildungswesen!

ZUR Vernaderung

FPÖ

Die **FPÖ OÖ** richtete im März des Jahres eine Meldestelle für demokratische Untriebe (oder so ähnlich) an den heimischen Schulen ein. Diese unabhängige Onlineplattform befindet sich zwar direkt auf der Heimatseite der oberösterreichischen Freiheitlichen, aber geschenkt. Mit solchen Kleinigkeiten halten sich unsere blauen Freunde nicht auf. Unsere ZA MandatarInnen **Renate B.** und **Franz K.** (sie wollen aus Furcht anonym bleiben) haben daraufhin reagiert und offene Briefe verfasst:

© Film-Still aus "Creature from the (Blue-) Black Lagoon", 1954

MELDESTELLE ODER BESSER „MODERNES DENUNZIANENTUM“?

Ich bin sprachlos, entsetzt und wütend. Was ist der FPÖ da eingefallen? „Parteilpolitik hat in der Schule und im Unterricht nichts verloren! Das ist sogar gesetzlich verankert.“ Damit begründet die FPÖ ihr Vorgehen. Politische Bildung als Unterrichtsprinzip hat auch die Aufgabe Schülerinnen und Schüler zu aktiven, mündigen und kritischen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen und nicht zu Vernaderern. Politische Bildung ohne dabei auch auf „Parteilpolitik“ einzugehen ist wie Sexualunterricht ohne kindgerechte Aufklärung. Werbung für eine bestimmte politische Partei ist in der Schule zu Recht verboten. Herr Haimbuchner, Sie können uns Pädagoginnen und Pädagogen zutrauen, dass wir diesen Unterschied kennen und uns im Unterricht nur an Fakten halten. Mit Ihrer Homepage liefern Sie nur ein Beispiel für die unbedingte Notwendigkeit von politischer Bildung und Geschichtsunterricht, um zu erkennen wie heute ein „modernes Denunziantentum“ funktionieren könnte und, dass man sich dagegen – wie uns die Geschichte lehrt – vehement zur Wehr setzen muss.

Politische Bildung ist Unterrichtsprinzip und „Ziel eines kompetenzorientierten Unterrichtes im Bereich der Politischen Bildung ist ein reflektiertes und (selbst)reflexives Politikbewusstsein, das im schulischen Lernen in besonderer Weise über exemplarische Annäherungen an Problemfälle des Politischen unter Berücksichtigung der Lebens- und Erfahrungswelt der SchülerInnen aufgebaut wird.“
(VERGLEICHE AUCH: https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.html)

Franz Kaiser, Grüne PädagogInnen

DANKE AN DIE FPÖ OÖ FÜR DIESEN BEITRAG ZUR POLITISCHEN BILDUNG!

Die Einrichtung dieser Meldestelle sollte unbedingt im Unterricht aufgegriffen werden. Der Grundsatz der Politik für das Unterrichtsprinzip Politische Bildung fordert es von uns LehrerInnen: Wir sollen aktuelle politische Bezüge herstellen. Eine Meldestelle für vermeintliche Anti-Partei-Werbung an Schulen? Das hatten wir schon einmal. Kinder wurden aufgefordert, ihre Eltern zu melden, wenn sie Kritik am Nationalsozialismus geäußert haben. Die „Meldestelle für parteipolitische Beeinflussung an Schulen“ ist offenbar für jene gedacht, die Äußerungen gegen die FPÖ melden wollen.

Für Politische Bildung gibt es aber kein „Neutralitätsgebot“, wie die Herren von der FPÖ behaupten. Der Unterricht hat vielmehr kontrovers zu verlaufen, das ist ein wesentlicher Unterschied. Es beinhaltet das Ab-bilden von Kontroversen aus Politik und Gesellschaft im Unterricht ebenso, wie auch das Zulassen und Fördern von Gegenpositionen und deren Begründung, mitunter auch die Offenlegung persönlicher Meinung. Der Grundsatz der Politik für politische Bildung regelt das explizit: Kontroversitätsgebot, Überwältigungsverbot und TeilnehmerInnenorientiertheit sind die altbekannten Grundprinzipien für den Unterricht.

Renate Brunnbauer, kuli-UG

GeoGebra Kostenlose Lernsoftware Made in Austria **Mathe Apps**

Die GeoGebra Mathe Apps (www.geogebra.org) sind eine Sammlung kostenloser Apps für SchülerInnen und LehrerInnen aller Altersstufen. Die Software verbindet Geometrie, Funktionsgraphen, Algebra, Tabellen, Statistik, Analysis und 3D Grafik dynamisch miteinander und ermöglicht es SchülerInnen, mathematische Zusammenhänge auf verschiedene Arten interaktiv zu erforschen und besser zu verstehen. Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung von GeoGebra in Zusammenarbeit mit der Johannes Kepler Universität Linz können die GeoGebra Mathe Apps inzwischen auf verschiedensten Geräten – vom Desktop Computer über das Tablet bis zum Smartphone – verwendet werden. Dank der GeoGebra Prüfungsapps muss man in Zukunft auch in Prüfungssituationen nicht mehr auf die Vorteile eines Technologiegestützten Mathematikunterrichts verzichten.

Da die GeoGebra Mathe Apps über eine einfach zu bedienende und flexibel anpassbare Benutzeroberfläche verfügen, können sie in allen Schulstufen verwendet werden. LehrerInnen können zudem mit Hilfe von online Editoren auf der GeoGebra Materialien Plattform (www.geogebra.org/materials) schnell und einfach interaktive Arbeitsblätter sammeln, selbst erstellen oder bestehende Materialien verändern und so genau an die Bedürfnisse ihrer SchülerInnen anpassen. In der Volksschule untersuchen SchülerInnen etwa geometrische Figuren intuitiv am Tablet, Grundrechnungsarten werden graphisch veranschaulicht oder es wird der Umgang mit Geld spielerisch geübt. In der Sekundarstufe I können die SchülerInnen anschaulich mit Brüchen rechnen, geometrische Konstruktionen interaktiv erforschen, Gleichungen umformen und Gleichungssysteme lösen, sowie

statistische Daten auswerten und veranschaulichen. In der Sekundarstufe II können Funktionsgraphen auf dem Smartphone gezeichnet und ihre Parameter untersucht, Konzepte interaktiv erforscht, sowie mathematische Modelle veranschaulicht, dynamisch verändert und untersucht werden. Und auch an den Hochschulen können die GeoGebra Mathe Apps in verschiedensten Bereichen der höheren Mathematik und Naturwissenschaften insbesondere zur Visualisierung eingesetzt werden.

GeoGebra ist mittlerweile jedoch mehr als „nur“ die weltweit führende dynamische Mathematiksoftware. Unterstützt von einer stark wachsenden Community mit Millionen von NutzerInnen aus der ganzen Welt wurde die Software in mehr als 60 Sprachen übersetzt und kann so überall im Mathematikunterricht eingesetzt werden. Auf der zugehörigen GeoGebra

Materialien Plattform stehen mittlerweile schon mehr als 750.000 interaktive Arbeitsblätter und Bücher kostenlos zur Verfügung, welche von engagierten LehrerInnen aus der ganzen Welt mit Hilfe der GeoGebra Mathe Apps erstellt und auf dieser online Plattform geteilt wurden.

Wer Teil der GeoGebra Community, wird profitiert von den pädagogischen Erfahrungen und technischen Fähigkeiten von Lehrenden auf der ganzen Welt und hilft mit innovatives Lehren und Lernen in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik aktiv zu fördern. Interessierte besuchen eine der regelmäßig stattfindenden GeoGebra Fortbildungen (siehe PH Programme) oder kommen zur deutschsprachigen LehrerInnenschule der diesjährigen Konferenz „GeoGebraGlobal Gathering 2017“ von 18.–20. Juli an der JKU Linz (www.geogebra.org/gathering).



Bildungsreise Südtirol



Mit dem **GPV** und der **GBW** auf Besuch in **Bozen** und **Meran**

Ort: Südtirol Raum Bozen/Meran
Zeit: 26.10–28.10.2017 ca. 7:30

Auf dieser Bildungsreise werden wir die Grüne Landtagsfraktion besuchen und uns über bildungspolitische Fragestellungen informieren. Auch ein Austausch über das System in Südtirol im Vergleich zu Oberösterreich ist vorgesehen. Ebenso bekommen wir Einblick in die Themen Inklusion und Cluster. Hierzu treffen wir einen Direktor eines solchen Verbundes von fünf Pflichtschulen in der Nähe von Meran. Ebenso ist eine politische Stadtführung durch Bozen geplant. Begleiten wird uns Marco Vanek von der Grünen Bildungswerkstatt Oberösterreich.

(<https://www.marcovanek.at/>)

Vorläufige Programmpunkte der Reise:

Donnerstag, 26. Oktober

- Fahrt mit dem Zug von Linz nach Bozen (ab Linz Hbf um 07:48, Ankunft Bozen 13.27 Uhr)
Zustiegsmöglichkeit in Salzburg (08:52 Uhr)
- Einchecken im Hotel
- Gespräch mit einem oder mehreren Grünen Landtagsabgeordneten zur Bildungspolitik in Südtirol
- Abendprogramm/-essen

Freitag, 27. Oktober

- Vormittag: bildungspolitischer Programmpunkt in Bozen
- Mittag: Fahrt nach Meran (ca. 50min)
- Nachmittag: bildungspolitischer Programmpunkt
- Abend: Rückfahrt nach Bozen, gemütliches Abendessen

Samstag, 28. Oktober

- Vormittag: bildungspolitischer Programmpunkt
- Rückfahrt nach Oberösterreich um 14.34 oder 16.34 Uhr



Da die Reise erst im Oktober stattfindet ist die Planung noch nicht abgeschlossen. Genauere Informationen, auch über die Teilnahmekosten, sind ab Juli/August vorhanden. Anmeldung ist möglich bis Anfang September. Bei Interesse und Fragen zum Programm bitte Kontakt aufzunehmen mit unserem Reiseorganisator: **Lukas Oberwagner**
E-Mail: gpv.ooe@gruene.at
Tel.: 0660 55 110 32



kuliUG

Sommer Fest

„Es ist schade, dass im Rahmen von Veranstaltungen für LehrerInnen immer zu wenig Zeit bleibt, um sich mit KollegInnen auszutauschen, zu vernetzen oder auch einfach zu plaudern!“

Die kritische, unabhängige LehrerInneninitiative lädt daher alle an Bildung Interessierten herzlich zum kuli-Fest ein. In angenehmer Umgebung nehmen wir uns Zeit uns auszutauschen, zu stärken und gemeinsam zu feiern.

Am Freitag, 9. Juni 2017, ab 16.30 Uhr
Warschenhofergut, Punzenberg 9, 4210 Gallneukirchen

BIER, KAFFEE, KUCHEN, GULASCH UND CHILI SANS CARNE

WEINVERKOSTUNG AUSGEWÄHLTER BIOWEINE

ZWANGLOSE DISKUSSIONSMÖGLICHKEIT in ANGENEHMEM AMBIENTE

LIVEKONZERT: MICHAEL FRIDRIK TRIO

(Boogie, Blues & more) ab 19.30 Uhr

&

KONZERTEINLAGE: REINHART SELLNER

Teilnehmende sind Bildungsinteressierte, LehrerInnen aller Schultypen,
VertreterInnen aus Personalvertretung und Gewerkschaft,
Reinhart Sellner, Mitglied des GÖD-Vorstandes und Liedermacher

FOLGENDE ÜBERNACHTUNGSMÖGLICHKEITEN STEHEN GEGEN VORANMELDUNG ZUR VERFÜGUNG:

*Schloss Riedegg, 2,5 km (8 Zimmer f. insgesamt 18 Personen,
ab 26,- €, ÜNF) info@schloss-riedegg.at*

*Waldheimat, 2 km (31 Zimmer, Einzelzimmer 45,- €, ÜNF)
waldheimat@diakoniewerk.at*

Für den Shuttledienst zur Unterkunft sorgt:

Taxi Kmieczyk: 0664/111 26 26

Ihr habt euch bereits entschlossen zum kuli-Fest zu kommen?
Dann schreibt uns bitte! Eine kurze Nachricht als Anmeldung
erleichtert uns die Organisation: regina.eder@kuli.net

Wir freuen uns auf interessante und unterhaltsame Stunden
beim kuli-Fest!

Die VertreterInnen von kuli-UG

